



Brüssel, den 3.12.2025
COM(2025) 741 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

**Jahresbericht 2025 über die Anwendung der Instrumente der Europäischen Union für
das auswärtige Handeln im Jahr 2024**

{SWD(2025) 390 final}

Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG	1
GLOBALES ENGAGEMENT	3
Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine	3
Die EU: ein starker globaler Akteur.....	3
Global Gateway – Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung	4
Humanitäre Hilfe.....	5
Multilateralismus und globale Herausforderungen.....	5
THEMATISCHER ÜBERBLICK	7
Menschliche Entwicklung.....	7
Grüner Wandel.....	8
Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie, Innovation und Infrastruktur	8
Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung	9
Migration, Flucht und Vertreibung	9
Demokratische Staatsführung und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit	10
GLOBALE REICHWEITE.....	12
Subsahara-Afrika	12
Asien und Pazifischer Raum	12
Amerika und Karibik.....	14
EU-Erweiterung (Westbalkan, Türkei, Ukraine, Republik Moldau, Georgien).....	14
Europäische Nachbarschaft	15
Östliche Europäische Nachbarschaft (Armenien, Aserbaidshan und Belarus)	15
Südliche Europäische Nachbarschaft.....	15
Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG).....	15

VORBEMERKUNG

2024 war mit Blick auf das auswärtige Handeln der Europäischen Union ein bedeutendes Jahr. Während des gesamten Jahres war es der EU weiterhin ein Anliegen, globale Herausforderungen zu bewältigen, ihre Interessen und Werte zu fördern und für Demokratie, Menschenrechte und Multilateralismus auf der Weltbühne einzustehen. Dieses Engagement erstreckt sich auf mehrere Schlüsselbereiche, unter anderem auf die Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Partnerschaften sowie die Bereiche Handel, Sicherheit und Verteidigung, Nachbarschaftspolitik, humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz.

Wir leben in einer Welt, die sich gerade neu definiert. Einige Nationen sind bestrebt, ihren Einfluss mit Gewalt geltend zu machen, während andere versuchen, ihre wachsende oder gefestigte Wirtschaftskraft zu nutzen, um die globale Dynamik neu zu gestalten. Viele aufstrebende Mächte treten auf der Weltbühne mit immer größerem Selbstbewusstsein auf.

Dieser sich wandelnde Kontext markiert möglicherweise einen Generationswechsel von Zusammenarbeit hin zu mehr Konkurrenz, wodurch Konflikte und der Einsatz brutaler Gewalt zum Erreichen politischer Ziele zunehmen könnten. Von Russlands anhaltendem Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zu Konflikten im Nahen Osten, im Osten der Demokratischen Republik Kongo und anderswo – das Jahr 2024 war geprägt von einer Erosion des Friedens und der Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund hat die EU begonnen, sich auf der Weltbühne neu zu positionieren. Der Schwerpunkt lag auf der Unterstützung der Ukraine, der Stärkung der europäischen Verteidigung und Sicherheit und der Festigung internationaler Partnerschaften.

Die EU tritt immer stärker als wichtigster Verfechter des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung hervor, um eine positive globale Agenda voranzubringen, bei der niemand zurückgelassen wird. Die EU hat Gespräche über Reformen des multilateralen Systems geführt, um es zu modernisieren und effizienter zu gestalten. Die erfolgreiche Annahme des Zukunftspakts der Vereinten Nationen (VN) auf der VN-Generalversammlung im September 2024 war ein wichtiger Meilenstein.

In unserer Geschlossenheit liegt unsere Stärke. Die EU und ihre Mitgliedstaaten investieren gemeinsam in ihre Allianzen und internationalen Partnerschaften. Wir etablieren derzeit eine neue Außenwirtschaftspolitik, deren Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Sicherheit, Handel und Investitionen liegt, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Wir bauen unsere Partnerschaften im Bereich der Sicherheit und Verteidigung aus. Und wir nutzen die Global-Gateway-Strategie für nachhaltige Investitionen, um für die Menschen weltweit und in Europa konkrete Vorteile zu erzielen. Das Ziel der Global-Gateway-Strategie besteht darin, den globalen Investitionsrückstand auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung abzubauen, indem Projekte in den Bereichen grüne Energie, Verkehr und Digitalisierung unterstützt, aber auch die Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme in den Partnerländern weltweit gestärkt werden.

In diesem Bericht wird dargelegt, wie viel Arbeit die Organe, Mitgliedstaaten und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen der EU im Geiste von „Team Europa“ leisten, um diese Ziele zu erreichen. Er dokumentiert unsere Bemühungen um nachhaltige und gerechte Lösungen in Partnerländern, die mit unseren Werten im Einklang stehen. Diese Maßnahmen betreffen die Bereiche Armutsbeseitigung, nachhaltige Entwicklung, humanitäre Hilfe, Katastrophenschutz, den

freien und fairen Handel, Sicherheit, Frieden und Stabilität, die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau sowie die Bekämpfung anderer Ungleichheiten. Eine ganze Reihe von Initiativen dient zudem der Unterstützung von Partnerländern bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Schutz der biologischen Vielfalt.

2024 war ein schwieriges Jahr, doch die EU und ihre Mitgliedstaaten haben gemeinsam mit unseren internationalen Partnern daran gearbeitet, stärkere und widerstandsfähigere Partnerschaften aufzubauen. Wir sorgen für Impulse, indem wir die Global-Gateway-Initiativen, unsere Wirtschafts- und Investitionspläne mit der Östlichen Partnerschaft, den südlichen Nachbarländern und dem westlichen Balkan sowie unser gesamtes Projektportfolio umsetzen. Auf der Grundlage des Konzepts „Team Europa“ erzielt die EU weiterhin solide und nachhaltige Ergebnisse, die den Menschen und dem Planeten zugutekommen.



Hohe Vertreterin
/Vizepräsidentin
KAJA KALLAS
Außen- &
Sicherheitspolitik



Kommissionsmitglied
DUBRAVKA ŠUICA
Mittelmeerraum



Kommissionsmitglied
MARTA KOS
Erweiterung



Kommissionsmitglied
JOZEF SÍKELA
Internationale
Partnerschaften



Kommissionsmitglied
HADJA LAHBIB
Gleichberechtigung,
Krisenvorsorge und
-management

GLOBALES ENGAGEMENT

Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

Im Laufe des Jahres 2024 leistete die EU der Ukraine weiterhin beispiellose politische, finanzielle, wirtschaftliche, humanitäre, rechtliche sowie militärische Unterstützung und verhängte Sanktionen, um Russlands Kriegsmaschinerie zu schwächen. Über die neue Ukraine-Fazilität der EU wird die Ukraine für den Zeitraum 2024-2027 zuverlässige Unterstützung in Höhe von bis zu 50 Mrd. EUR für die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung des Landes erhalten.

Im Jahr 2024 hat die EU einen Betrag von insgesamt 19,6 Mrd. EUR im Rahmen der drei Säulen der Fazilität mobilisiert, und 16,4 Mrd. EUR wurden ausgezahlt. Gemäß dem Investitionsrahmen für die Ukraine wurden im Juni auf der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine in Berlin die ersten Finanzhilfe- und Garantievereinbarungen über einen Betrag von 1,4 Mrd. EUR unterzeichnet. Im Juli wurde der Ukraine eine Summe von 1,5 Mrd. EUR aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zur Verfügung gestellt.

Seit 2022 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine zudem militärische Unterstützung im Wert von über 47,3 Mrd. EUR gewährt, davon 6,1 Mrd. EUR über die Europäische Friedensfazilität. Darüber hinaus wurde über die Solidaritätskorridore ein Betrag von mehr als 2 Mrd. EUR mobilisiert, davon 1,5 Mrd. EUR aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) – Verkehr⁽¹⁾.

Die Kommission stellte 2024 humanitäre Hilfe in Höhe von 165 Mio. EUR für die Ukraine bereit. Zur Unterstützung der Ukraine wird weiterhin die größte, längste und komplizierteste Operation im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union in der Geschichte der EU durchgeführt. Die Geltungsdauer der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz von Geflüchteten aus der Ukraine wurde bis März 2026 verlängert.

Die EU hat 2024 drei weitere Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Bis zum Jahresende waren insgesamt 15 Sanktionspakete beschlossen worden, die sich auf über 2 300 Einzelpersonen und Einrichtungen erstrecken.

Die autonomen Handelsmaßnahmen, mit denen der Handel zwischen der EU und der Ukraine vollständig liberalisiert werden soll, wurden bis Juni 2025 verlängert; durch sie wurde die ukrainische Wirtschaft mit zusätzlichen Ausfuhereinnahmen in Höhe von 2 Mrd. EUR pro Jahr unterstützt.

Über das Europäische Instrument für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit setzte die EU ihre Tätigkeiten im Bereich der nuklearen Sicherheit fort und trug somit zum Wiederaufbau sowie zur Wiederherstellung der Nuklear- und Strahlenschutzinfrastruktur der Ukraine bei, unter anderem auch am Standort Tschernobyl.

Die EU: ein starker globaler Akteur

Angesichts mehrerer sich überschneidender Krisen, geopolitischer Verschiebungen und weiterer Herausforderungen für den Multilateralismus hat die EU im Jahr 2024 die Bemühungen zur Stärkung ihrer internationalen Partnerschaften verstärkt – insbesondere durch die Global-Gateway-Strategie.

¹ Diese dient der Unterstützung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur infolge des dringenden Bedarfs an Verkehrsverbindungen mit Ukraine und Moldawien.

Sie ergriff Maßnahmen für die Stärkung ihrer Verteidigung und Sicherheit. Darüber hinaus arbeitete die EU gemeinsam mit Kandidatenländern, auch mit der Ukraine, an der Umsetzung notwendiger Reformen und mit potenziellen Kandidatenländern, um diese auf einen künftigen Beitritt zur EU vorzubereiten.

Im Laufe des Jahres unterstützte die EU Menschen in Not, sie half bei Naturkatastrophen sowie vom Menschen verursachten Katastrophen weltweit und festigte dadurch ihre führende Rolle im Bereich der globalen Hilfe. Die EU leistet humanitäre Hilfe und setzt sich weiterhin für die Suche nach Lösungen für die verschiedenen Krisen im Nahen Osten ein.

Gemeinsam waren die EU und ihre Mitgliedstaaten auch 2024 weiterhin der größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe: Vorläufigen Daten der OECD zufolge stellten sie 88,7 Mrd. EUR und somit 42 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe⁽²⁾ bereit. Zudem geht aus aktuellen Daten hervor, dass die EU im Jahr 2022 mit 22,2 Mrd. EUR – 36 % aller weltweit gewährten Handelshilfen⁽³⁾ – der weltweit größte Geber von Handelshilfen war.

Global Gateway – Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung

Im Rahmen ihrer Global-Gateway-Strategie wollen die EU, ihre Mitgliedstaaten und ihre Entwicklungsbanken und Finanzierungsinstitutionen bis 2027 rund 300 Mrd. EUR mobilisieren, um eine gerechtere, widerstandsfähigere und nachhaltigere Welt zu schaffen. Im Zeitraum 2021-2023 haben die EU, die Mitgliedstaaten, die EIB und die EBWE Investitionen in Höhe von 179 Mrd. EUR zur Unterstützung der Umsetzung von Global Gateway mobilisiert. Davon wurden 50 Mrd. EUR von der EU und 129 Mrd. EUR von den EU-Mitgliedstaaten, der EIB und der EBWE aufgebracht.

Mit weltweit über 250 Vorzeigeprojekten wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Was die Themen betrifft, so entfallen 50 % der Projekte auf die Bereiche Klima und Energie, 20 % auf Verkehr, 13 % auf Digitalisierung, 10 % auf Gesundheit und 7 % auf Bildung und Forschung. Ein Blick auf die geografische Verteilung zeigt, dass 45 % der Projekte in Subsahara-Afrika, 20 % in Nord- und Südamerika sowie der Karibik, 18 % in den Nachbarschafts- und Erweiterungsregionen, 15 % in Asien und im Pazifischen Raum und 2 % auf regionaler oder globaler Ebene durchgeführt werden.

Auch 2024 setzte sich die EU weiterhin an vorderster Front für die Förderung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris ein. Die Global Gateway-Strategie ist der wichtigste Beitrag der EU zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung im Bereich des auswärtigen Handelns. Durch sie sollen Ressourcen mobilisiert werden, um diese Ziele zu erreichen und einen wesentlichen Beitrag zu den internationalen Bemühungen zu leisten.

Die EU hat ihr Investitionsangebot im Rahmen von Global Gateway verstärkt und auch weiterhin zweckgebundene Mittel für den Einsatz in fragilen und von Konflikten betroffenen Gebieten bereitgestellt. Der EU ging es darum, die Ursachen von Fragilität und Migration anzugehen, indem Global-Gateway-Projekte in das Konzept der Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung eingebettet wurden.

² Unter „weltweite öffentliche Entwicklungshilfe“ wird hier die von der EU insgesamt und von allen anderen Geberländern bereitgestellte öffentliche Entwicklungshilfe verstanden.

³ Die Daten stammen aus Quellen der OECD, die eine Verzögerung von zwei Jahren aufweisen.

Humanitäre Hilfe

Im Jahr 2024 leistete die EU humanitäre Hilfe für Menschen in 116 Ländern weltweit, um die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, die sowohl von vom Menschen verursachten Katastrophen als auch von Naturkatastrophen betroffen waren. Zusammen stellen die EU und ihre Mitgliedstaaten mit jährlich mehr als 2,48 Mrd. EUR rund 27,4 % der weltweit zugesagten humanitären Hilfe bereit und gehören damit zu den größten Gebern humanitärer Hilfe. So leistete die EU im Jahr 2024 Hilfe für über 259 Millionen Menschen⁽⁴⁾, und zwar sowohl in von der Öffentlichkeit stark beachteten Krisen wie in der Ukraine, Palästina* und im Sudan als auch in vergessenen Krisen wie in Haiti, Mosambik oder der Saharai-Krise.

Darüber hinaus setzt die Kommission auch ihre eigenen Instrumente für humanitäre Soforthilfe ein. Im Rahmen der Europäischen Kapazität für humanitäre Hilfe wurde Unterstützung in 16 Krisen in 17 Ländern geleistet, indem mehr als 5 300 Tonnen an humanitären Hilfsgütern geliefert wurden. Über das Notfallinstrumentarium hat die EU rund 38,9 Mio. EUR mobilisiert, um auf plötzlich eintretende Katastrophen zu reagieren.

Das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen ist auf 23 Anfragen von Drittländern hin tätig geworden. Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union reagierte die EU im Jahr 2024 auf schwere Krisen im Nahen Osten, auf den Ausbruch des Marburg-Virus in Ruanda sowie auf Evakuierungen und Rückführungen aus Haiti und Vanuatu.

Multilateralismus und globale Herausforderungen

Auch 2024 setzte sich die EU weiterhin für die regelbasierte internationale Ordnung, den Multilateralismus, das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, sowie für Rechenschaftspflicht, Menschenrechte und Demokratie ein. Im September verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Welt im Rahmen der Vereinten Nationen den Pakt für die Zukunft, den Globalen Digitalpakt und die Erklärung zu künftigen Generationen. Ziel dieser Initiativen ist es, das multilaterale System – in dessen Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen – wirksamer und inklusiver zu gestalten und besser für aktuelle und künftige Herausforderungen zu rüsten.

Der Pakt ist ein großer Erfolg für den Multilateralismus. Die EU leistete einen wesentlichen Beitrag, indem sie auf ein ehrgeiziges Ergebnis drängte, das die Werte und Prioritäten der EU widerspiegelt.

Die globale Energiewende, die Bekämpfung des Klimawandels und der Schutz der biologischen Vielfalt zählten auch 2024 zu den wichtigsten Prioritäten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind der weltweit größte Geber von internationalen öffentlichen Finanzmitteln für Klimamaßnahmen⁵. Im Jahr 2024 fanden im Rahmen der Vereinten Nationen drei wichtige multilaterale Verhandlungen statt: die Klimakonferenz in Aserbaidschan, die Konferenz zum Thema Wüstenbildung in Saudi-Arabien und die Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen in Kolumbien. Auf der Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen stellte die EU neue Initiativen im Wert von fast 160 Mio. EUR vor, mit denen Partnerländer beim Schutz der biologischen Vielfalt unterstützt werden sollen.

⁴ Geschätzte Anzahl der Menschen, die laut Angaben von Partnern und Berechnungen in Bezug auf EVA-Maßnahmen durch EU-finanzierte humanitärer Hilfe erreicht wurden.

* Diese Bezeichnung ist nicht als Anerkennung eines Staates Palästina auszulegen und lässt die Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten zu dieser Frage unberührt.

⁵ Nach den neuesten verfügbaren Daten. Neuere Zahlen werden Ende 2025 vorliegen.

Die EU setzte ihre Bemühungen im Bereich der Meeresdiplomatie fort und engagierte sich weiterhin maßgeblich für das BBNJ-Übereinkommen⁶. Im Rahmen eines globalen Meeresprogramms wurden 40 Mio. EUR zugesagt, um Partner in Afrika sowie in der Karibik und im Pazifischen Raum bei ihren Bemühungen zur Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens zu unterstützen. Damit ist die EU weltweit der größte Geldgeber für den Schutz der Hochsee.

Bei der Gründung der Globalen Allianz gegen Hunger und Armut auf dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro im November 2024 spielte die EU eine maßgebliche Rolle. Auf dem G7-Gipfel im Juni in Italien wurde die Ernährungssicherheitsinitiative von Apulien ins Leben gerufen, und es wurden die laufenden Arbeiten zur Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen vorgestellt.

⁶ Übereinkommen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (Biodiversity of areas Beyond National Jurisdiction, BBNJ), angenommen im Juni 2023.

THEMATISCHER ÜBERBLICK

Menschliche Entwicklung

Die Beseitigung der Armut steht nach wie vor im Mittelpunkt der internationalen Partnerschaften der Kommission. Derzeit leben 8,5 % der Weltbevölkerung (fast 700 Millionen Menschen) unterhalb der Grenze für extreme Armut von 2,15 USD pro Tag. Bei zwei regionalen Team-Europa-Initiativen steht die Armutsbekämpfung unmittelbar im Fokus: bei der 2024 ins Leben gerufenen Initiative „Sozialschutz in Subsahara-Afrika“ und bei der Initiative „Inklusive und gerechte Gesellschaften“ in Lateinamerika und der Karibik.

Ernährungssicherheit und -qualität stehen seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine im Mittelpunkt der geopolitischen und geoökonomischen Agenden. In 59 Ländern und Gebieten leiden derzeit 294 Millionen Menschen unter akuter Ernährungsunsicherheit⁷, und in fünf Regionen des Sudan wurde erstmals seit 2017 eine Hungersnot ausgerufen. Die EU hat 2024 humanitäre Hilfe im Ernährungsbereich in Höhe von rund 730 Mio. EUR bereitgestellt, während im Rahmen von Global Gateway Investitionen in widerstandsfähigere und nachhaltigere Wertschöpfungsketten im Agrar- und Lebensmittelsektor angestoßen wurden.

Im Jahr 2024 belief sich die humanitäre Gesundheitshilfe der EU auf weltweit 357 Mio. EUR, wobei ein sektorübergreifender, bedarfsorientierter und integrierter Ansatz verfolgt wurde. Dieses Konzept umfasst die Förderung des Zugangs zu medizinischer Grundversorgung, Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit und medizinischen Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt sowie zu psychologischer und psychosozialer Unterstützung, Traumabehandlung und Rehabilitation.

Bildung ist ein Schlüsselfaktor bei sämtlichen Nachhaltigkeitszielen. Die Investitionen der EU konzentrierten sich 2024 auf Lehrkräfte und Lernkonzepte sowie auf gerechte und inklusive Bildungssysteme, die zum digitalen und ökologischen Wandel in den Partnerländern beitragen, unter anderem durch die internationale Dimension von Erasmus+. Durch Investitionen in die Fonds „Globale Partnerschaft für Bildung“ und „Bildung kann nicht warten“ haben die EU und ihre Mitgliedstaaten in 80 Partnerländern dazu beigetragen, diese Ziele zu stärken. Darüber hinaus wurden 10 % der ursprünglichen für humanitäre Hilfe vorgesehenen jährlichen Haushaltsmittel der EU für Bildung in Notsituationen aufgewendet.

Im April 2024 richtete die EU eine Global-Gateway-Veranstaltung auf hoher Ebene zum Thema Bildung aus, bei der die Rolle der EU bei der Umgestaltung der globalen Bildungslandschaft und der Überbrückung von Qualifikationslücken deutlich wurde.

Die EU unterstützte weiterhin die weltweiten Bemühungen zur Verhütung und Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt, unter anderem durch neue Länderprogramme im Rahmen der „Spotlight“-Initiative in Ecuador, Uganda, Sierra Leone und Liberia sowie durch ein regionales Programm in Afrika.

2024 setzte sich die EU durch Global-Gateway-Projekte, die in rund 50 Ländern durchgeführt wurden, noch entschiedener für die Verbesserung des Zugangs zu Wasser, von sanitären Einrichtungen und der Hygiene ein.

⁷ [Global Report on Food Crises 2024](#).

Grüner Wandel

Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal hat die Kommission Partnerländer weiterhin dabei unterstützt, den Zugang zu nachhaltiger Energie zu verbessern, den Energiesektor zu dekarbonisieren und gleichzeitig Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

Im November 2024 riefen die Präsidentin der Kommission von der Leyen und der südafrikanische Präsident Ramaphosa eine Initiative zum Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika („Scaling up Renewables in Africa“) ins Leben. Weitere Beispiele für einschlägige Maßnahmen der EU sind die regionale Initiative zur Integration des Elektrizitätssektors in Lateinamerika, der Energieverbund Peru-Ecuador, eine Finanzierungsfazilität der Europäischen Investitionsbank für Mittelamerika und die Einrichtung der Ministerkonferenz für saubere Energie zur Förderung nachhaltiger Lebensweisen, der Fairness und des Zugangs zu sauberen Energietechnologien⁸.

Die EU setzt sich für die Förderung von nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion ein. Auf globaler Ebene hat die EU Pilotmaßnahmen zur Anwendung des Kreislaufprinzips in globalen Wertschöpfungsketten unterstützt, unter anderem durch die Partnerschaft der Vereinten Nationen für grüne Wirtschaft (Partnership for Action on Green Economy), die Koalition für grüne Wirtschaft (Green Economy Coalition), die Wissensplattform für grünes Wachstum (Green Growth Knowledge Platform) und das Programm zur Umstellung auf kreislauforientierte Wertschöpfungsketten (Switch to Circular Value Chains). Im Jahr 2024 unterstützte die EU weltweit über 100 Länder bei der Förderung von nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion sowie der Kreislaufwirtschaft.

Die EU war 2024 weiterhin weltweit führend bei der Umsetzung des grünen Wandels. Durch die Teilnahme an der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP29) einigten sich die Vertragsparteien auf ein neues gemeinsames quantifiziertes Ziel für die Klimafinanzierung zur Unterstützung der Entwicklungsländer. Zusätzlich zu diesen Bemühungen beteiligt sich die EU auch aktiv an den Verhandlungen über die Umsetzung des UNFCCC-Arbeitsprogramms für einen gerechten Übergang.

Im Vorfeld der dritten VN-Ozeankonferenz wurden ferner zusätzliche Programme zur Stärkung der Meerespolitik, der nachhaltigen blauen Wirtschaft und des Naturschutzes im Pazifischen Raum (20 Mio. EUR), im westlichen Indischen Ozean (58 Mio. EUR) und in Zentralafrika (42 Mio. EUR) verabschiedet.

Im Jahr 2024 stellte die Kommission fast 1,3 Mrd. EUR für die biologische Vielfalt bereit, und die Team-Europa-Initiative für entwaldungsfreie Wertschöpfungsketten wurde auf 86 Mio. EUR aufgestockt.

Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie, Innovation und Infrastruktur

Die EU hat weiterhin Forschungs- und Innovationsökosysteme in Entwicklungsländern unterstützt. Im Mittelpunkt dieser Unterstützung standen die Schaffung von Kapazitäten und politischen Rahmenbedingungen sowie die Themen Innovation und Forschung. Ziel ist es, fundierte Investitionsentscheidungen zu treffen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Technologiebereich zu stärken. Beispielsweise wurde an der Universität des Westkaps in Südafrika ein Kompetenzzentrum für Pharmakovigilanz eingerichtet, um Schulungen für Regulierungsbehörden und Forschende in der Region anzubieten.

⁸ [Sustainable Lifestyles, Fairness and Access to Clean Energy Technologies | Clean Energy Ministerial](#).

Die EU hat ihre Partnerschaften 2024 weiter gestärkt, um gemeinsam mit Partnerländern einen sicheren und auf den Menschen ausgerichteten digitalen Wandel voranzutreiben. Im Rahmen der Global-Gateway-Strategie setzt sich die EU für den Rückgriff auf vertrauenswürdige Anbieter digitaler Technologien ein. Regionale Programme in Subsahara-Afrika, Lateinamerika und der Karibik tragen zur Schaffung eines regionalen digitalen Binnenmarkts bei. Auch bei der Plattform für den digitalen Handel mit Zentralamerika wurden Fortschritte erzielt. Im Rahmen der Team-Europa-Initiative zur Daten-Governance in Afrika hat die EU eine Fazilität für digitale Investitionen eingerichtet, um vielversprechende Projekte für Rechenzentren und Internet-Knoten in Afrika zu unterstützen.

Die Plattform für digitalgestützte Entwicklung (Digital for Development (D4D) Hub) hat ihre Rolle bei der Stärkung des Team-Europa-Konzepts für Zusammenarbeit und Partnerschaften im Bereich Digitales ausgebaut und weiterhin gemeinsame Maßnahmen mit dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft gefördert.

Im Rahmen der Global-Gateway-Strategie hat die EU durch einen 360-Grad-Ansatz in allen Interventionsregionen auch sektorübergreifende Investitionen in den Straßen-, Schienen-, See- und Luftverkehr unterstützt.

Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung

Mit Blick auf die politischen Leitlinien 2024-2029 und die verstärkte Ausrichtung der Außenwirtschaftspolitik auf wirtschaftliche Sicherheit, Handel und Investitionen in Partnerschaften war 2024 ein Übergangsjahr. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung über kritische Rohstoffe am 23. Mai hat die EU ihre Maßnahmen in diesem Bereich verstärkt. Zusätzlich zu den bestehenden neun Partnerschaften für nachhaltige Rohstoff-Wertschöpfungsketten wurden mit Australien, Norwegen, Ruanda, Serbien und Usbekistan fünf neue Partnerschaften geschlossen.

Die von der Kommission als unabhängiges Beratungsgremium eingesetzte hochrangige Expertengruppe hat ihren Abschlussbericht über die Ausweitung nachhaltiger Finanzierungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen vorgelegt⁹. Die Gruppe ermittelte Herausforderungen und Chancen im Bereich der nachhaltigen Finanzierung und gab Empfehlungen für die Zusammenarbeit der Kommission mit Partnerländern ab.

Die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen stellten nach wie vor eine bereichsübergreifende Priorität dar. Bei der Team-Europa-Initiative „Investitionen in junge Unternehmen in Afrika“ handelt es sich um eine Global-Gateway-Leitinitiative, über die Unternehmen in der Frühphase und junge Unternehmerinnen und Unternehmer – insbesondere aber Frauen – in Afrika Unterstützung erhalten, um nachhaltige und inklusive Unternehmen zu gründen, zu konsolidieren und auszubauen.

Migration, Flucht und Vertreibung

Im Jahr 2024 ging die Zahl der irregulären Grenzübertritte in die EU auf der zentralen Mittelmeerroute deutlich zurück. Die Zahl der irregulären Einreisen auf der Atlantikroute sowie der westlichen und der östlichen Mittelmeerroute nahm hingegen zu. 2024 kam es zu einer beispiellosen Zahl von Vertreibungen, hauptsächlich im Zusammenhang mit Konflikten, unter anderem im Sudan, im

⁹ [Abschlussbericht der hochrangigen Expertengruppe](#), 2024.

Gazastreifen und in Mali, aber zunehmend auch aufgrund von klimabedingten Katastrophen; bis Ende Juni waren insgesamt über 120 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben worden.

Mit der Annahme des Migrations- und Asylpakets im Mai 2024 hat die EU weitere Schritte zur Verbesserung ihrer Migrations- und Asylstrategie unternommen⁽¹⁰⁾. Gemäß der externen Dimension des Pakets soll die EU mit Partnerländern im Rahmen eines strategischen und umfassenden Ansatzes zusammenarbeiten, um Problembereiche anzugehen, wobei ein besonderer Fokus auf den Migrationsrouten in Richtung der Union liegt („Gesamtrouten-Konzept“). Seine Umsetzung wird im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ eng mit den EU-Mitgliedstaaten koordiniert. Die Zusammenarbeit mit wichtigen internationalen Partnerorganisationen wie der Internationalen Organisation für Migration und dem UNHCR war weiterhin maßgeblich für die Umsetzung des Pakets in der EU und entlang der Migrationsrouten in Richtung EU.

Die EU hat – auch über ihre Agenturen für Justiz und Inneres – maßgeschneiderte Unterstützung für wichtige Partnerländer bereitgestellt, unter anderem im Westbalkan und in der Türkei, in der EU-Nachbarschaft, in Subsahara-Afrika und in Asien. Dabei orientierte sie sich an speziellen EU-Aktionsplänen, die gemäß dem Gesamtrouten-Konzept die wichtigsten Migrationsrouten in Richtung Europa abdecken, sowie an den einschlägigen operativen Maßnahmen des Politikzyklus (EMPACT⁽¹¹⁾).

Im Jahr 2024 hat die EU die strategische und umfassende Partnerschaft mit Ägypten ins Leben gerufen, und die Kommission und Mauretanien haben die Migrationspartnerschaft EU-Mauretanien auf den Weg gebracht. Die Umsetzung der 2023 unterzeichneten strategischen und umfassenden Partnerschaft zwischen der EU und Tunesien wurde ebenfalls fortgesetzt, auch im Bereich der Migration. Für den Libanon wurde ein Finanzhilfepaket in Höhe von 1 Mrd. EUR angekündigt, das bis dato zur Hälfte angenommen wurde.

Demokratische Staatsführung und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit

Friedliche, demokratische und widerstandsfähige Gesellschaften sind eine grundlegende Voraussetzung für weitere Entwicklungsziele und die Sicherheit der Menschen. 2024 war ein Jahr voller Turbulenzen, in dem neue Konflikte ausbrachen, bestehende Krisen sich verschärften, klimabedingte Katastrophen zunahmen und Menschenrechte ungestraft verletzt wurden.

Die EU setzte sich auch 2024 mit Nachdruck für die Förderung von Frieden und Sicherheit ein, insbesondere durch ihre zwölf Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Zu Beginn des Jahres 2024 startete die EU mit ASPIDES eine neue Marineoperation und reagierte damit rasch auf die Bedrohung der maritimen Sicherheit im Roten Meer. Die EU beteiligte sich an 78 Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungsdialogen und -konsultationen mit 39 Partnern und schloss überdies sechs Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften, nämlich mit der Republik Moldau, Norwegen, Japan, Südkorea, Albanien und Nordmazedonien. Darüber hinaus wurden neue Friedenspartnerschaften mit bilateralen und regionalen Partnern geschlossen und bestehende Partnerschaften vertieft.

Des Weiteren wurden gemäß dem thematischen Programm für Frieden, Stabilität und Konfliktverhütung im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiterhin sowohl

¹⁰ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/migration-and-asylum/pact-migration-and-asylum_de.

¹¹ Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen, https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/internal-security/law-enforcement-cooperation/empact-fighting-crime-together_de.

Maßnahmen zur Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung als auch Prioritäten zur Bewältigung globaler und regionenübergreifenden Bedrohungen in Drittländern umgesetzt.

Die EU war weltweit ein zentraler Akteur, wenn es um die Bereitstellung von Wahlhilfe ging. Sie wurde angerufen, um in 20 Ländern Wahlen zu bewerten, zu beobachten oder frühere Beobachtungsmissionen weiterzuverfolgen. Allein in Subsahara-Afrika unterstützte die EU 15 Länder bei ihren Wahlprozessen und stärkte gleichzeitig die Rolle der Afrikanischen Union sowie der regionalen Netzwerke einheimischer Wahlbeobachter.

Doch nicht nur im Bereich der Wahlhilfe, sondern auch durch Initiativen im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) und des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ sowie durch die Zusammenarbeit gemäß dem Konzept „Team Europa“ war die EU nach wie vor ein zentraler Akteur, wenn es darum ging, weltweit die Demokratie zu unterstützen, das bürgerliche und politische Engagement von Frauen und Jugendlichen zu fördern, demokratische Institutionen zu stärken und unabhängige Medien und Journalisten zu unterstützen.

Die Gleichstellung der Geschlechter stellte weiterhin eine Priorität dar. Die EU hat sich unter anderem aktiv für die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit eingesetzt. Zu den wichtigsten Initiativen zählten die Annahme einer mit 6 Mio. EUR ausgestatteten Maßnahme zur Unterstützung der Durchführung des Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in Tschad sowie eine gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Liberia durchgeführte geschlechtergerechte Konfliktanalyse und die Einführung eines länderspezifischen Gleichstellungsprofils (Gender Country Profile) für Afghanistan in Zusammenarbeit mit UN Women, das als Grundlage für künftige Programme und Maßnahmen dienen soll.

Organisationen der Zivilgesellschaft und lokale Behörden spielen bei den Global-Gateway- und Team-Europa-Initiativen eine Schlüsselrolle. Über die Global-Gateway-Plattform für den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Behörden wurden im Jahr 2024 zwölf Konsultationen zu verschiedenen Themen durchgeführt, unter anderem zur Umsetzung des dritten Aktionsplans für die Gleichstellung (GAP III) sowie zu den Halbzeitüberprüfungen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ in verschiedenen Regionen.

Ferner wurden im Jahr 2024 gemäß einem thematischen Rahmen verschiedene Partnerschaften für Menschenrechte und Demokratie geschlossen, um mit leistungsstarken Konsortien von Nichtregierungsorganisationen strategische, längerfristige Beziehungen zur Umsetzung aufzubauen. Ziel dieser Partnerschaften ist es, die Bekämpfung von Folter zu fördern, sich gegen die Todesstrafe einzusetzen, junge Menschen in ihrer Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu stärken und unabhängige sowie pluralistische Medien und hochwertigen Journalismus zu unterstützen.

Des Weiteren leistete die EU im Jahr 2024 über ihren Notfallfonds und das Leitprogramm [ProtectDefenders.EU](#), das von einem Konsortium aus zwölf internationalen Nichtregierungsorganisationen verwaltet wird, Unterstützung für den Schutz von 10 050 Menschenrechtsverteidigern und deren Familienangehörigen.

Globale Reichweite

Subsahara-Afrika

Die EU ist in vielen Bereichen Afrikas führender Partner, angefangen bei Handel, Investitionen und Sicherheit bis hin zum grünen und digitalen Wandel. 2024 wurden in mehreren Schwerpunktbereichen transformative Global-Gateway-Vorzeigeprojekte ins Leben gerufen, die sich auf Themen wie Bildung und Digitalisierung bis hin zur Impfstoffproduktion und Wiederherstellung von Ökosystemen erstreckten. In dem im Oktober veröffentlichten Gemeinsamen Bericht der EU und der Afrikanischen Union¹² sind zahlreiche Beispiele für Vorzeigeprojekte im Rahmen von Global Gateway aufgeführt. Insgesamt wurden in den Jahren 2023 und 2024 auf dem Kontinent 116 Vorzeigeprojekte auf den Weg gebracht.

Das Samoa-Abkommen zwischen der EU und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten wurde ab dem 1. Januar 2024 vorläufig angewandt.

Die Beziehungen zu Westafrika standen aufgrund der Krisen in der zentralen Sahelzone und der Schwächung der regionalen Strukturen vor zunehmenden Herausforderungen. Die EU hat sich an die sich wandelnden Umstände angepasst. Im November 2024 wurde ein neuer EU-Sonderbeauftragter für die Sahelzone ernannt.

Die EU hat ihre erneuerte Strategie für die Großen Seen weiter umgesetzt und ihr diplomatisches Engagement durch die Ernennung eines neuen EU-Sonderbeauftragten für die Region der Großen Seen verstärkt. Sie hat Initiativen zur Konfliktlösung unterstützt, darunter den Nairobi- und den Luanda-Prozess, um die Krise im Osten der Demokratischen Republik Kongo zu beenden. Ferner wurde der Übergangsprozess in Gabun unterstützt, indem eine Wahlexpertenmission für das Verfassungsreferendum im November entsandt wurde.

Der Konflikt und die humanitäre Krise im Sudan haben sich mit 11,5 Millionen Binnenvertriebenen – was rund 30 % der Gesamtbevölkerung und 15 % aller Binnenvertriebenen weltweit entspricht – zur weltweit größten Vertreibungskrise entwickelt. Die EU stellte sowohl im Sudan als auch in den Nachbarländern lebensrettende Hilfe in Höhe von über 147 Mio. EUR für die von der Krise betroffenen Menschen bereit. Darüber hinaus wurde die Europäische Kapazität für humanitäre Hilfe mobilisiert, um Maßnahmen zur Lösung der Krise im Sudan zu unterstützen.

In Ostafrika wurde die wirtschaftliche, politische und sicherheitsbezogene Partnerschaft der EU mit Kenia mit dem Inkrafttreten des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-Kenia am 1. Juli gestärkt.

Schließlich hat die EU im Oktober 2024 einen Betrag von 20 Mio. EUR für die Bekämpfung des Mpox-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo bereitgestellt.

Asien und Pazifischer Raum

2024 wurde der 20. Jahrestag der Strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Indien begangen. Die politischen Leitlinien 2024-2025 enthielten die Verpflichtung, eine neue strategische Agenda für Indien zu entwickeln. Der Schwerpunkt wird auf Wohlstand und Nachhaltigkeit, Technologie und

¹² https://international-partnerships.ec.europa.eu/publications-library/joint-report-european-commission-auda-nepad-implementation-2030-vision_de.

Innovation, Sicherheit und Verteidigung, Konnektivität und globalen Fragen sowie auf der Vertiefung der zwischenmenschlichen Kontakte liegen.

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Thailand wurde ab dem 20. Oktober 2024 vorläufig angewandt. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium, die Verhandlungen mit Indien, Indonesien und Thailand wurden beschleunigt fortgesetzt, und die Verhandlungen mit den Philippinen und Malaysia wurden wieder aufgenommen. Das Abkommen über den digitalen Handel mit Singapur wurde abgeschlossen.

Auf der Grundlage des Dialogs zwischen der EU und China hat die EU im Jahr 2024 eine neue Maßnahme angenommen, mit der die Verwirklichung der internationalen Klimaziele unterstützt werden soll, indem der Austausch von Fachwissen zwischen der EU und China sowie der Austausch bewährter Verfahren im Emissionshandel erleichtert werden.

Über die Investitionsfazilität für Asien und den Pazifischen Raum stellte die Kommission 2024 einen Betrag von 239 Mio. EUR an „Mischfinanzierung“ bereit. Durch diese Mittel sollen mehr als 3 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Finanzmitteln mobilisiert werden; die einschlägigen Projekte sollen zu nachhaltigem Wachstum in Zentralasien, Südasien, Südostasien und dem Pazifikraum beitragen.

Im Januar 2024 richtete die EU mit großem Erfolg das „Global-Gateway-Investorenforum für Verkehrsverbindungen zwischen der EU und Zentralasien“ (Global Gateway Investors Forum for EU-Central Asia Transport Connectivity) in Brüssel aus. Auf diesem Forum wurden 10 Mrd. EUR für Investitionen in Zentralasien zugesagt.

Im Oktober wurde die Koordinierungsplattform für den Transkaspischen Verkehrskorridor ins Leben gerufen, um schnelle und effiziente Routen zwischen Europa und den zentralasiatischen Ländern zu schaffen.

Am 16. Oktober 2024 fand das erste Gipfeltreffen des EU-Golf-Kooperationsrats statt. Bei den Gesprächen wurde das Bekenntnis zu einer strategischen Handels- und Investitionspartnerschaft sowie zur Zusammenarbeit beim grünen und digitalen Wandel bekräftigt.

Nach elf Jahren Krieg herrscht im Jemen weiterhin eine der schlimmsten humanitären Krisen weltweit. Darüber hinaus ist der Jemen das am drittstärksten durch den Klimawandel gefährdete Land. Die EU stellte 2024 humanitäre Hilfe in Höhe von 125 Mio. EUR bereit, um die am stärksten gefährdeten und benachteiligten Gemeinschaften zu unterstützen.

Die im Februar 2024 gestartete EU-Marineoperation EUNAVFOR ASPIDES schützt die Handelsschifffahrt im Roten Meer vor Angriffen und hat im Laufe des Jahres über 350 Schiffe eskortiert.

Die EU ist Dialogpartner des Forums der pazifischen Inseln (Pacific Islands Forum), der wichtigsten politischen Organisation der Region; im Jahr 2024 nahm sie an dessen Gipfeltreffen in Tonga teil.

Amerika und Karibik

Die politische Einigung über das Partnerschaftsabkommen EU-Mercosur am 6. Dezember 2024 war ein Durchbruch für beide Regionen. Diese neue Partnerschaft stärkt die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay in den Bereichen Geopolitik, Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Sicherheit.

Weitere wichtige Meilensteine waren die Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik (LAK) und die Einführung des beratenden Koordinierungsmechanismus zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) im Mai in Honduras. Im Jahr 2024 wuchs die Digitale Allianz EU-LAK mit dem Beitritt von Grenada, Belize und Guyana auf 51 Mitglieder an.

Bei den Bemühungen um eine engere Koordinierung der Außenfinanzierung und der Finanzierung im Rahmen der Kohäsionsfonds wurden bedeutende Fortschritte erzielt, und zwar durch eine erste Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen zur Bewältigung von Herausforderungen wie der Bedrohung durch Sargassum, mit der die EU-Regionen in äußerster Randlage, die überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) sowie Nicht-EU-Länder gleichermaßen konfrontiert sind.

Im Rahmen der EU-LAK-Initiative für Resilienz im Gesundheitsbereich hat die EU das mit 8,9 Mio. EUR ausgestattete Programm PharmaNext zur Stärkung des Arzneimittelsektors in der Karibik auf den Weg gebracht. Sein Schwerpunkt liegt auf der Modernisierung der Rechtsrahmen im Gesundheitswesen, der Förderung des Kompetenztransfers und der Stärkung von Investitionen.

Das Samoa-Abkommen zwischen der EU und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten wurde ab dem 1. Januar 2024 vorläufig angewandt.

Haiti verzeichnete zum Ende des Jahres 2024 mehr als eine Million Binnenvertriebene (9 % der Bevölkerung). Die EU hat drei Initiativen mit einem Gesamtvolumen von 40 Mio. EUR auf den Weg gebracht, um den Bildungssektor in Haiti zu unterstützen, die Zollverwaltung zu verbessern und die lokale Entwicklung im Nordosten des Landes zu fördern. Diese Projekte sind Teil einer umfassenderen Strategie zur Bewältigung der Krise und zur Stärkung der Resilienz lokaler Gemeinschaften. Darüber hinaus stellte die EU humanitäre Hilfe in Höhe von 36,5 Mio. EUR bereit.

EU-Erweiterung (Westbalkan, Türkei, Ukraine, Republik Moldau, Georgien)

Der Erweiterungsprozess hat 2024 mit den ersten Regierungskonferenzen zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau (im Folgenden „Moldau“) am 25. Juni neue Impulse erhalten. Im März 2024 beschloss der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina. Demgegenüber haben die Handlungen der Behörden in Georgien seit Frühjahr 2024 dazu geführt, dass der Beitrittsprozess des Landes praktisch zum Erliegen gekommen ist.

Die mit 6 Mrd. EUR ausgestattete Reform- und Wachstumsfazilität, die wesentlicher Bestandteil des Wachstumsplans für den Westbalkan ist, trat im Mai 2024 in Kraft. Dadurch wird der Wirtschafts- und Investitionsplan für die Region ergänzt, um deren wirtschaftliche Konvergenz mit der EU zu fördern und Reformen zu beschleunigen.

2024 unterstützte die EU die Türkei weiterhin bei ihren Bemühungen um die Aufnahme von rund drei Millionen Flüchtlingen und stellte zusätzliche 1 Mrd. EUR für die Grundversorgung, die

Gesundheitsversorgung, die Bildungsförderung und die Unterstützung des sozialen Zusammenhalts bereit. Die Unterstützung umfasste auch umfangreiche Mittel zur Stärkung der Kapazitäten der Türkei im Bereich Migrationsmanagement und Grenzkontrolle.

Europäische Nachbarschaft

Östliche Europäische Nachbarschaft (Armenien, Aserbaidschan und Belarus)

Auch 2024 stellte die Östliche Partnerschaft einen flexiblen, auf Anreizen basierenden Kooperationsrahmen dar, der auf die Erfordernisse der Partnerländer abgestimmt ist. Die Partnerschaft hat weiterhin zu konkreten Ergebnissen geführt, die sich positiv auf das Leben der Menschen auswirken und wichtige Reformen unterstützen.

Insbesondere in Belarus wurde die Unterstützung für demokratische Bürgerbeteiligung und Führung vor dem Hintergrund dessen verstärkt, dass sich die Menschenrechtslage in dem Land weiter verschlechterte und das Regime den russischen Angriffskrieg in der Ukraine unterstützt.

Im Jahr 2024 setzte sich die EU weiterhin für friedliche Lösungen für die Konflikte im Südkaukasus ein, darunter auch für den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die EU-Mission in Armenien trug 2024 zu mehr Stabilität und Sicherheit für die Menschen entlang der Grenze zu Aserbaidschan bei.

Südliche Europäische Nachbarschaft

Im Gazastreifen hat sich die EU für den Zugang zu humanitärer Hilfe und für die Unterstützung von Vermittlern bei den Waffenstillstandsverhandlungen eingesetzt. Die humanitäre Hilfe der EU wurde im Jahr 2024 auf 237 Mio. EUR aufgestockt. Ergänzend zu den Finanzhilfen setzte die EU ihre operative Unterstützung fort und führte 32 Flüge im Rahmen ihrer humanitären Luftbrücke durch, bei denen mehr als 2 700 Tonnen Hilfsgüter befördert wurden. Darüber hinaus stellte die EU ein Soforthilfepaket in Höhe von 382,5 Mio. EUR zur Unterstützung der Palästinensischen Behörde bereit, wobei die Zahlungen an die Umsetzung weitreichender Reformen geknüpft wurden.

Auch 2024 leistete die EU weiterhin umfangreiche Unterstützung für Syrerinnen und Syrer und Nachbarländer, die syrische Flüchtlinge aufgenommen haben. Die EU setzte ihre Bemühungen um eine dauerhafte Lösung des Konflikts fort, unter anderem durch die Unterstützung der Arbeit des VN-Sonderbeauftragten für Syrien und die Aufrechterhaltung der restriktiven Maßnahmen gegen das Assad-Regime. Die EU und ihre Mitgliedstaaten waren nach wie vor die größten Geber für Syrien; seit 2011 haben sie mehr als 37 Mrd. EUR für das Land bereitgestellt. Unterstützt wurde unter anderem auch der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen für Flüchtlinge aus Syrien in Nachbarländern, Binnenvertriebene in Syrien und ihre Aufnahmegemeinschaften in der Region. Es bleibt zu hoffen, dass der plötzliche Sturz des Assad-Regimes Ende 2024 eine bessere Zukunft für das syrische Volk einläuten wird.

Das neunte Regionale Forum der Union für den Mittelmeerraum fand am 28. Oktober 2024 in Barcelona statt; der Schwerpunkt lag auf der Lage im Nahen Osten sowie auf den laufenden Bemühungen um organisatorische Reformen.

Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG)

Bei den 13 überseeischen Ländern und Gebieten handelt es sich um Gebiete ohne staatliche Souveränität, die besondere verfassungsrechtliche Verbindungen zu Dänemark, Frankreich und den

Niederlanden unterhalten. Zusammen mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU spielen diese Gebiete als regionale Botschafter europäischer Werte eine strategische Rolle für die EU. Sie haben großen strategischen Wert, unter anderem aufgrund der großen ausschließlichen Wirtschaftszonen, ihres Potenzials für den Betrieb strategischer Infrastrukturen (wie Galileo) und des Zugangs zu kritischen Rohstoffen.

Im Jahr 2024 wurden im Rahmen des regelmäßigen institutionellen Dialogs zwischen der EU und den ÜLG drei Dreiertreffen und das ÜLG-EU-Forum abgehalten. Die Beziehungen zu Grönland waren besonders intensiv, wobei im Rahmen der Arktis-Strategie der EU in Nuuk ein EU-Büro eröffnet wurde. Die EU und Grönland haben ihre Zusammenarbeit im Bildungsbereich auch auf den Bereich des grünen Wachstums ausgeweitet, einschließlich der Entwicklung des Sektors für kritische Rohstoffe. Im Oktober fand eine erste EU-Wirtschaftsmission statt.